

## Zusammenfassungen der Protokolle, Zitate und Anmerkungen

Vorbemerkung: Diese Datei dient zur Vorbereitung des Lehrenden, kann aber auch für die Lerngruppe eingesetzt werden.

### Bürgermeisterbesprechung am 27. Juli 1933

Anwesend unter dem Vorsitz des kommissarischen Landrats Dr. von Gescher.

[5 Gruppen, keiner als Parteimitglied ausgewiesen, insgesamt 17 Männer!]

„Punkt 1 der Tagesordnung. Politische Lage

Der Landrat gab einen kurzen Überblick über die zeitige politische Lage. Er wies darauf hin, dass die Revolution nunmehr vorbei und jetzt politische Aufbauarbeit geleistet werden müsste. Die Staatsautorität müsste in jeder Weise gewahrt bleiben. Es seien einige organisatorische Änderungen in Aussicht genommen, während die politischen Grenzen nicht geändert würden.“

„2. Inhalt der Meldungen an das geheime Staatspolizeiamt. Innehaltung der Fristen.

Der Landrat weist darauf hin, dass die Staatspolizeistelle großen Wert auf Zeitungsausschnitte von genereller lokaler Bedeutung lege. Die Verbindungen mit den Nachrichtenstellen der S.A. und S.S. müßten besser gepflegt werden. Die Ortspolizeibehörden hätten ihr besonderes Augenmerk auf die aufgelöste Zentrumspartei zu richten. Es wird nochmals auf die pünktliche Innehaltung der Fristen für die Lagemeldungen aufmerksam gemacht.“

Nächste TPOs alle eher ohne NS-Politik/Jargon, für SuS nichtssagend, da normale Verwaltung/langweilige Details aus heutiger Sicht)

Top 3: „Halten des Min.Bl.i.V. Teil II, durch die Ortspolizeibehörde“

Top 4: „Schutz gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden [gegen wilden Plakatanschlag]“

Dann, ab S. 5-7: „Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Verwaltungs- und öffentlichen Wohngebäuden (...)“ und andere Anmeldungen

Top 5 (S. 8): „Bedarfsdeckungsscheine an die Bezirksfürsorgeverbände nach dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933“ und als weiteren Unterpunkt: „Arbeitsfürsorge und insbesondere auch Fürsorge-Pflichtarbeit“

Top 6: „Anrechnung von Nebenverdienst bei Fürsorgeempfängern“

Top 7: „Ortssatzung über die Entschädigungen bei Dienstreisen und auswärtige Beschäftigung“

S. 10: Schluss, der Vorsitzende schließt die Versammlung [Die Formel „Heil Hitler“ wird noch nicht verwendet!]

### Bürgermeisterbesprechung am 26. Oktober 1933

Einladung vom 23. Oktober: „Die Ortsgruppenleiter der NSDAP. [sic!, in den Quellen werden Punkte unterschiedlich nach Abkürzungen gesetzt] sind ebenfalls zu dieser Besprechung eingeladen“

„Landrat Barthel eröffnete die Versammlung und ging in kurzen Worten auf den Zweck der Zusammenkunft ein. Er legte dar, dass der jetzige Reichstag nur noch ein Rumpfparlament sei, da die staatsfeindlichen Parteien aus ihm ausgeschlossen seien. Der Reichstag müsse jedoch die Plattform des Führers sein, von der er seine Regierungsmaßnahmen dem Volke mitteilen könne.

Zu diesem Zwecke und in erster Linie, um der ganzen Welt kundzutun, dass die Maßnahmen der Regierung nicht nur die Taten der Regierungsmitglieder seien, sondern vom ganzen Volke getragen würden, habe der Führer für den 12. November dieses Jahres zur Neuwahl des Reichstages und zur Volksabstimmung aufgerufen.

Der Wahlkampf würde unter der Parole der Gleichberechtigung und des Friedens geführt. Es wäre deshalb erforderlich, dass jeder Volksgenosse an dieser Wahl und Abstimmung teilnehme. Ein Mißerfolg träfe nicht nur die Partei als solche, sondern in erster Linie das gesamte Deutsche Volk. Jeder, selbst der entlegenste Flecken in Deutschland müsste in eigenes Abstimmungslokal haben. Ebenso sei es ein Gebot der Stunde, dass auch in jedem Krankenhause ein eigenes Wahllokal eingerichtet würde. Die Bürgermeister möchten das erforderliche Wahlpersonal bei den Ortsgruppenleitern der NSDAP. anfordern, die ihrerseits dafür verantwortlich gemacht würden, dass Personen hierfür in genügender Anzahl am 12.11.1933 zur Verfügung ständen. Die Bürgermeister wurden aufgefordert, die Propaganda der NSDAP. weitgehendst zu unterstützen und durch Zurverfügungstellung der öffentlichen

Gebäude und Anschlagstellen die Propaganda in jeder Weise zu fördern, insbesondere auch für Lautsprecheranlagen zu sorgen. (...)

Redner führte aus, dass die am 12. November d.Js. stattfindende Wahl und Volksabstimmung vor aller Welt die Verbundenheit und Volksgemeinschaft des Deutschen Volkes erneut dokumentieren müßten.

Hand in Hand mit den Regierungsmaßnahmen ginge das vom Führer ins Leben gerufene Winterhilfswerk. Der Erfolg der Regierung stehe und falle mit dem Erfolg der Winterhilfe. Deshalb müsse von den Verwaltungen und den Ortsgruppen des Kreises immer wieder auf dieses Werk hingewiesen werden. In diesem Zusammenhang sei auch auf die allgemeine Preissteigerung, die sich auf fast allen Gebieten des täglichen Bedarfs in der letzten Zeit bemerkbar mache, das Augenmerk zu richten. Es ginge nicht an, dass einige unlautere Elemente die Maßnahmen der Regierung aus eigennützigem Interesse sabotierten. Unter allen Umständen müsse verhindert werden, dass die Preise weiter anzögen. Zu diesem Zwecke sei es erforderlich, dass in allen Ortschaften „Ausschüsse zur Linderung der Not“ gebildet würden, die durch direkte Verhandlungen mit den Gewerbetreibenden ein weiteres Steigen der Preise unterbinden müßten. Bei Erfolglosigkeit der Verhandlungen sei ein entsprechender Bericht an die Kreisleitung der NSDAP. zu richten.

Die sich in gewissen Bevölkerungskreisen bemerkbar machende Kriesgpsychose müsse unterdrückt werden. Immer und immer wieder sei bei passender Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass die Regierung nicht kriegslüstern sei, sondern für das Deutsche Volk nur Gleichberechtigung und Frieden fordere. Die Übergriffe, die in letzter Zeit gegen Ausländer insbesondere gegen Franzosen und Engländer vorgekommen seien, könnten unter keinen Umständen geduldet werden. Es sei Wunsch der Regierung, dass die Ausländer liebevoll behandelt würden, um jeglicher Tendenz- und Greuelmeldung die Spitze zu brechen. Die Landespropagandaleitung gehe sogar soweit, den in Deutschland weilenden Ausländern Führer zur Verfügung zu stellen. Das Eintreffen von Ausländern sei deshalb sofort der Landespropagandaleitung zu melden. Auch auf die örtliche Presse sei ein besonderes Augenmerk zu richten, damit bewußt irreführende Meldungen nicht aufgenommen und gebracht würden.

Landrat Barthel gab dann noch den Runderlass des Herrn Ministers des Innern vom 4.10.1933 II G 1937 – betreffend den rücksichtslosen Gebrauch der Schusswaffe gegen flüchtige kommunistische Flugblattverteiler bekannt. Er wies darauf hin, dass dieser Erlass nicht für die Presse bestimmt sei und bat deshalb um vertrauliche Behandlung. Bei Anträgen auf Verteilung

von Waffen- und Waffenerwerbsscheinen möchten in Zukunft die Bürgermeister die Ortsgruppenleiter der NSDAP hören.

Nachdem noch auf verschiedene Anfragen Auskunft gegeben war, nahm der Regierungsassessor Noell das Wort, um weitere Ausführungen zur Winterhilfe, insbesondere zu der Kohlenversorgung der minderbemittelten Bevölkerung zu machen. Es habe sich als zweckmäßig herausgestellt, dass – inzwischen sei auch eine diesbezügliche Verfügung der Regierung eingegangen – die Kohlenversorgung genau wie im Vorjahre gehandhabt würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.“

[Handschriftliche Anwesenheitsliste mit 31 Namen!]

### Bürgermeisterbesprechung am 6. April 1934

Vorsitz: „des mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Landrats beauftragten Kreisleiters und Gauinspektors der NSDAP Barthel“

Dann 41 Männer, davon 17 Ortsgruppenleiter bzw. Stellvertreter, (s. S. 3: Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Plücker aus Olfen) [interessant Ortsgruppenleiter scheint wichtiger zu sein als Bürgermeister, siehe auch Teilnehmerliste!] und 3 „V. Sonstige Vertreter der NSDAP“ (Kreisleiteradjutant [sic!], Verkehrswart, stellv. Kreispropagandaleiter) und 4 vom „Freiwilligen Arbeitsdienst“ (FAD)

#### Top 1: Besprechung über den FAD

„Hauptmann Tracht vom Meldeamt für den FAD in Coesfeld führte aus:

Der Arbeitsdienst ist eine der wichtigsten Säulen des zukünftigen Staates. Drei Punkte sind es, die durch ihn dem jungen deutschen Mann vor Augen geführt werden sollen:

1. Das idealistische der Arbeit: Arbeit ist Inhalt des Lebens. Der Titel 'Arbeiter' soll und muß ein Ehrentitel im deutschen Volke werden. Die Arbeit darf nicht nach Gewinn und Verdienst eingeschätzt werden, sondern danach, welchem Wert sie für die Volksgemeinschaft hat.
2. Das Bewusstsein der Verbundenheit mit der Deutschen Volksgemeinschaft: Wer Soldat war, weiss, was es heißt, Kameradschaft zu pflegen und diese auf die Familie und die ganze Volksgemeinschaft zu übertragen. Die heutige Jugend muß wieder lernen, das

eigene Ich zurückzustellen im Sinne des Wortes 'Alle für einen, einer für alle'. Der freiwillige Arbeitsdienst muß in dem Bewusstsein abgeleistet werden, 6 Monate lang Werte für das deutsche Volk zu schaffen ohne dafür eigene persönliche Vorteile zu erlangen.

3. Die Verbundenheit mit dem deutschen Boden: Seit 1870 ist in Deutschland die unglückliche Politik der Verstädterung betrieben worden. Wohnten noch wie früher 2/3 der Deutschen auf dem Lande und 1/3 in der Stadt, dann hätten wir die heutige Not nicht. Wenn der deutsche Boden voll ausgenutzt wird, können für 2 Milliarden Mark Werte geschaffen werden. ½ Millionen Menschen kann 20 Jahre Arbeit finden bei der Kultivierung pp des deutschen Bodens.

Wir stehen jetzt am Beginn der zweiten großen Arbeitsschlacht der Reichsregierung. Jeder Deutsche soll Arbeit und Brot finden. Es ist jetzt kaum noch ein Arbeitsloser unter 25 Jahren zu finden. Daher ist die Frage akut geworden, woher kommt der Ersatz für den freiwilligen Arbeitsdienst? Die Deutsche Arbeitsfront hat diese Frage schon aufgegriffen. Es muß ein Austausch vorgenommen werden zwischen Arbeitslosen über 25 Jahren und den Arbeitern unter 25 Jahren, die in den Betrieben tätig sind. Die jungen Leute unter 25 Jahren sollen aus den Betrieben heraus in den Arbeitsdienst, dafür sollen [jetzt DSC\_4476, S. 3] ältere Erwerbslose in die Arbeit gebracht werden. Ohne Hilfe der Arbeitsfront ist dies aber nicht möglich. Der Redner richtet an die Anwesenden den Appell, mit zu helfen in dieser Hinsicht, weil sonst das Wort des Führers: 'Der Deutsche Arbeitsdienst ist ein Eckpfeiler für den Wiederaufbau des Deutschen Volkes' nicht wahr wird. Es muß einmal der Tag kommen, an dem es heißt, dass kein junger Mensch mehr in Arbeit genommen wird, der nicht nachweisen kann, dass er im Arbeitsdienst war bzw. dass er sich gemeldet hat aber aus irgendwelchen Gründen nicht genommen werden konnte.“ (...)

Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Plücker aus Olfen teilt mit, dass er bereits durch Anschlag auf den Baustellen die jungen Leute aufgefordert habe, sich für den Arbeitsdienst zu melden und ihren Arbeitsplatz einem Verheirateten frei zu machen. (...)

„[S. 5] Pg. Hummelsieb aus Werne teilt mit, dass die Zeche Werne etwa 100 Jugendliche frei machen kann, die in den Freiwilligen Arbeitsdienst können. Die Herausnahme aus dem Betrieb kann aber nicht auf einmal, sondern nur nach und nach, etwa täglich 1 Mann, erfolgen.

Der Vertreter des FAD. will die Verhandlungen darüber mit der Zeche Werne aufnehmen.“

[S. 8:] „Nachdem hiermit die Tagesordnung erschöpft ist, schließt der Vorsitzende mit einem Sieg – Heil auf den Führer Adolf Hitler gegen 17 Uhr die Besprechung.“